

Antrag Nr. 08-F-25-0143

CDU, GRÜNE, FDP

Betreff:

Gegen Genitalverstümmelung
Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU, Bündnis90/DIE GRÜNEN und FDP vom
26.11.2008

Antragstext:

Weibliche Genitalverstümmelung ist eine gravierende Menschenrechtsverletzung und eine systematische Form der Gewalt gegen Mädchen und Frauen. Obwohl in Deutschland strafbar, werden auch in Deutschland Mädchen und Frauen verstümmelt. Die geschätzte Zahl dieser Körperverletzungen lag 2006 bei 30.000 Fällen.

Das Entfernen oder die Beschneidung der Klitoris – in den Heimatländern oft mit Rasierklingen oder Glasscherben - wird besonders in afrikanischen Ländern, aber auch in manchen asiatischen Staaten praktiziert. Meistens sind Mädchen im Alter von vier bis zwölf Jahren betroffen, manchmal auch Babys. Die gesundheitlichen und psychischen Folgen einer Beschneidung sind dramatisch: ständige Entzündungen im Genitalbereich, Inkontinenz, starke Schmerzen beim Geschlechtsverkehr, Nierenbeckenentzündungen. Durch anschließendes Vernähen kann bei der Menstruation das Blut nicht abfließen und bei einer Geburt ist das Leben von Mutter und Kind in Gefahr.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

- ob Fälle von weiblicher Genitalverstümmelung in Wiesbaden bekannt sind?
- Welche Möglichkeiten er sieht, Mitarbeiter von Jugendamt, Integrationsamt sowie der Sozialverwaltung zu sensibilisieren und betroffenen bzw. gefährdeten Frauen und Mädchen Information und Hilfe zu vermitteln.

Wiesbaden, 26.11.2008

Gez.: Bernhard Lorenz
Fraktionsvorsitzender CDU

F.d.R.: Andreas Knüttel
Fraktionsassistent

Gez.: Bettina Schreiber
Fraktionsvorsitzende Bündnis 90/Die GRÜNEN

F.d.R.: Carola Pahl
Fraktionsgeschäftsstelle

Gez.: Annegret Kracht
Frauenpolitische Sprecherin FDP-Fraktion

F.d.R.: Jeanette-Christine Wild
Fraktionsgeschäftsführerin